



Politik International

MENA

**US-WAHLEN 2024:
MENA IM BLICK**

**REGIONALE PERSPEKTIVEN
AUF DIE AMERIKANISCHE
PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL**

**ISABEL KREIFELS | JÖRG DEHNERT | SEBASTIAN VAGT
KRISTOF KLEEMANN | DIEGO VON LIERES**

Imprint

Publisher

Friedrich Naumann Foundation for Freedom - FNF MENA

Mu'ath bin Jabal St. 55, Jabal Amman, Jordan

[/freiheit.org/mena](https://freiheit.org/mena)

[/fnf.mena](https://fnf.mena)

Author

Isabel Kreifels, Friedrich Naumann Foundation, MENA

Jörg Dehnert, Friedrich Naumann Foundation, MENA

Sebastian Vagt, Friedrich Naumann Foundation, Morocco

Kristof Kleemann, Friedrich Naumann Foundation, Tunisia

Diego von Lieres, Friedrich Naumann Foundation, Washington, D.C

Contact

Phone: [+962 6 461 9186](tel:+96264619186)

Email: mena@freiheit.org

Date

October 2024

Disclaimer

Any views expressed in this paper are solely those of the author and do not necessarily reflect the views of the publisher.

Notes on using this publication

This publication is an information offer of the Friedrich Naumann Foundation for Freedom. It is available free of charge and not intended for sale. It may not be used by parties or election workers for the purpose of election advertising during election campaigns (federal, state or local government elections, or European Parliament elections).

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
Supermacht und Krisenregion: Die komplexe Verflechtung der Vereinigten Staaten in der MENA-Region	6
2.1 Donald Trump	7
2.2 Kamala Harris	9
Die große Mehrheit präferierte Trump vor Biden – Harris ein unbeschriebenes Blatt in der Region	11
Hoffnungen und Befürchtungen aus MENA	15
Schlusswort	21

Zusammenfassung

Diese Regionalanalyse beginnt mit einer Binse: Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika als globale Führungsmacht am 5. November 2024 ihren neuen Präsidenten, oder erstmals eine Präsidentin, ins Amt wählen, ist dies eine nationale und souveräne Entscheidung von weltpolitisch herausragender Bedeutung.

Der amerikanische Wahlkampf, der seit jeher als Medienspektakel die Nerven der Welt über Monate zu strapazieren wusste, entfaltet dieses Jahr vor dem Hintergrund der tiefen Polarisierung Amerikas, der Attentatsversuche, des Rücktritts von Präsident Joe Biden von seiner Kandidatur und der kontinuierlich medial übertragenen Absurditäten eine selbst für amerikanische Verhältnisse wohl einmalige Dramatik.

Weltweit blicken staatliche Akteure, Verbündete wie Rivalen der Vereinigten Staaten, aber auch gewöhnliche Menschen mit ihren spezifischen Hoffnungen, Ängsten und Erwartungen auf die Wahl, in der sie zwar keine Wahlstimme haben, deren Ausgang für sie aber mit Auswirkungen verbunden ist. Für den Nahen Osten und Nordafrika gilt dies in besonderem Maße, was angesichts des amerikanischen Einflusses und des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Engagements der USA in der Region nicht verwundern dürfte.

Die folgende Regionalanalyse aus der Feder von Isabel Kreifels und Jörg Dehnert (aus Amman) und mit Zuarbeiten von Kristof Kleemann (Jerusalem), Sebastian Vagt (Rabat), Aret Demirci (Libanon) und Diego von Lieres (Washington, D.C.) richtet den Blick auf die Perzeption der amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Nahen Osten.

Supermacht und Krisenregion: Die komplexe Verflechtung der Vereinigten Staaten in der MENA-Region

Die strategische Bedeutung der Region für die USA ist offensichtlich, ob in der Ressourcen- und Energiepolitik, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder mit Bezug auf das spezielle Verhältnis zu Israel.

Mit mindestens neunzehn Militärstützpunkten und einer bedeutender Marinepräsenz im Persischen Golf und im Mittelmeer sind die USA die dominante Militärmacht der Region.[1] In Folge mehrerer Kriege und militärischer Operationen haben sich die USA in den letzten Jahrzehnten als „hard power“ im Nahen Osten und der Golfregion etabliert. Dieses hard power hat jedoch zuweilen erhebliche diplomatische und Reputationskosten mit sich gebracht. Vor allem der von Präsident George W. Bush im Jahr 2003 begonnene Irakkrieg (2. Golfkrieg) hatte katastrophalen Folgen für den Nahen Osten und bleibt ein Schandfleck für das internationale Ansehen der USA. Der von den USA und ihren Verbündeten in der sog. „Koalition der Willigen“ begangene Bruch des Völkerrechts und die Bilder der Folter aus dem Abu-Ghraib-Gefängnis wirken in der Region bis heute fort.

Auch als Geldgeber und Entwicklungshelfer sind die USA im Nahen Osten eine Führungsmacht: Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die USA ihren Partnern in der Region, allen voran Israel und Ägypten, aber auch Jordanien, dem Irak und Afghanistan mehr als 372 Milliarden US-Dollar an Wirtschafts-, Militär- und Entwicklungshilfe bereitgestellt.[2]

Trotz periodischer Schwankungen ist die US-Politik in der Region über Jahrzehnte hinweg relativ konsistent geblieben, mit dem übergeordneten Ziel, eine für die amerikanischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen zuträgliche, stabile Machtkonstellation zu fördern.

Dennoch gibt es nicht unerhebliche Unterschiede in der Art und Weise, wie die verschiedenen US-Administrationen diese Ziele verfolgt haben. Da die Außenpolitik einer der Bereiche ist, in denen der Chef der amerikanischen Exekutive sowohl aus langer Tradition als auch aus verfassungsrechtlichen Gründen den größten Einfluss ausüben kann, sind die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen von erheblicher Bedeutung für die MENA-Region.

[1] Jonathan Masters und Will Merrow, [“Mapping the Growing U.S. Military Presence in the Middle East,”](#) Council on Foreign Relations, 6. August, 2024.

[2] Jeremy M. Sharp et al., [U.S. Foreign Assistance to the Middle East: Historical, Recent Trends, and the FY2024 Background Request](#) (Washington, DC: Congressional Research Service, 2023).

Donald Trump

Donald Trumps Skepsis gegenüber den außenpolitischen Unternehmungen der USA und seine Priorisierung innenpolitischer Themen kristallisierten sich in seiner „America First“-Doktrin heraus. Trumps betont realistischer Ansatz in den internationalen Beziehungen untermauerte auch seine Strategie in der MENA-Region.

Obwohl nicht gänzlich isolationistisch, war Trump zurückhaltender als einige Vorgänger bei größeren Auslandseinsätzen oder Bemühungen um Regimewechsel. So befahl er z.B. den Abzug der U.S.-Streitkräfte aus Nordsyrien, trotz der Bedenken seiner Berater über kurdische Verbündete.[3]

Da er die anhaltende Betonung der Palästinenserfrage als hinderlich empfand, wich er ihr aus, indem er die Normalisierung der Beziehungen Israels zu den Nachbarn in der Region mit Anreizen in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Energie und Handel verknüpfte.[4] Er brach in mehreren Punkten mit Positionen früherer Regierungen, indem er die Finanzmittel für den Gazastreifen und das Westjordanland kürzte, Jerusalem als Hauptstadt Israels akzeptierte, und die Souveränität Marokkos über die Westsahara anerkannte.[5]

Des Weiteren brach Trump mit der Politik seines Vorgängers Barack Obama, indem er das Atomabkommen mit dem Iran einseitig aufkündigte. Er betrachtete das Abkommen als strategisch nachteilig für die USA, da es seiner Ansicht nach die Fortsetzung des vom iranischen Staat geförderten Terrorismus ermöglichte.[6]

Als Gegenpol zum iranischen Einfluss in der Region bemühte sich die Administration von Donald Trump, die regionale Position von Saudi-Arabien zu stärken. Dabei räumte Trump z.B. bei der Genehmigung eines Waffendeals mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Jordanien im Wert von 8 Mrd. USD der Bekämpfung der vom Iran unterstützten Rebellen den Vorrang vor den humanitären Bedenken einiger seiner amerikanischen Kollegen ein.[7]

[3] Siehe Julian E. Barnes und Eric Schmitt, "[Trump Orders Withdrawal of U.S. Troops From Northern Syria](#)," The New York Times, 13. Oktober, 2019.

[4] Siehe Quint Forgy, "[‘The dawn of a new Middle East’: Trump celebrates Abraham Accords with White House signing ceremony](#)," Politico, 15. September, 2020; Michele Kelemen, "[Morocco Agrees To Join Trump Administration’s Abraham Accords](#)," NPR, 10. Dezember, 2020; "[Sudan quietly signs Abraham Accords weeks after Israel deal](#)," Reuters, 7. Januar, 2021.

[5] Siehe Yolande Knell, "[US stops all aid to Palestinians in West Bank and Gaza](#)," BBC News, 1. Februar, 2019; Mark Landler, "[Trump Recognizes Jerusalem as Israel’s Capital and Orders U.S. Embassy to Move](#)," The New York Times, 6. Dezember, 2017; Alex Ward, "[Morocco and Israel plan to normalize ties. Trump changed US policy to make it happen](#)," Vox, 10. Dezember, 2020.

[6] Siehe "President Donald J. Trump is Ending United States Participation in an Unacceptable Iran Deal," The White House, 8. Mai, 2018.

[7] Siehe Patricia Zengerle, "[Defying Congress, Trump sets \\$8 billion-plus in weapons sales to Saudi Arabia, UAE](#)," Reuters, 24. May, 2019.

Dies sollte im Rahmen Trumps allgemeiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Golfstaaten gesehen werden: Aufgrund ihrer strategischen geografischen Lage, Bemühungen um soziale Reformen und politischen Stabilität zeigte Trump sich offen für die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Sicherheit, den Abraham-Abkommen und der Bekämpfung US-feindlicher Einflüsse in der Region.

Trotz seines Ziels, die USA aus ihrer überdehnten Position im Global War on Terror zurückzuziehen, war Donald Trump nicht abgeneigt, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, wenn konkrete Ergebnisse in Sicht waren. So ordnete er Luftangriffe auf Syrien als Vergeltung für den Einsatz von Chemiewaffen, den Spezialeinsatz zur Tötung des ISIS-Anführers al-Baghdadi und den Drohnenangriff auf den Quds-Kommandeur Qasem Soleimani an.[8]

Sollte Trump wiedergewählt werden, ist eine Fortsetzung dieser Ausrichtung zu erwarten: harte Linie gegenüber dem Iran, starke Unterstützung Israels und pragmatische Vertiefung der Beziehungen zu den Golfstaaten, verbunden mit einer Ablehnung kostspieliger Interventionen und einem Fokus auf Handel und Deals.

Kamala Harris

Kamala Harris hat sich im Wahlkampf nur wenig zu außenpolitischen Themen geäußert, was vermutlich „sowohl politisches Kalkül als auch persönliche Vorlieben widerspiegelt“.[9] Dennoch lässt sich ein Ansatz erwarten, der weitgehend mit dem von Präsident Biden übereinstimmt – wenn auch etwas mehr auf den Pazifik als auf den Atlantik ausgerichtet und politisch etwas weiter links angesiedelt.

Zwar liegen uns keine endgültigen Informationen über Harris' außenpolitische Absichten vor, doch zeigt ihre Haltung zum Ukraine-Krieg, wie sie mit Stellvertreterkonflikten und militärischen Interventionen umgehen könnte: deutlichen interventionsfreundlicher als der ehemalige Präsident Trump.[10]

Humanitäre und umweltpolitische Anliegen werden voraussichtlich an Bedeutung gewinnen, insbesondere durch den Einfluss einer jüngeren, progressiven Wählerschaft.[11] Dies könnte sich vor allem in ihrer Palästina-Politik zeigen – einer der wenigen Bereiche, in denen sie sich öffentlich von Biden distanziert hat[12] – aber auch in ihrer Handels- und Energiepolitik.

[8] Siehe Michael Crowley and Andrew Restuccia, "[Trump Strikes Syria](#)," Politico, 13. April, 2018; Jim Garamone, "[U.S. Forces Kill ISIS Founder, Leader Baghdadi in Syria](#)," Department of Defense, 27. Oktober 2019; Zachary Cohen et al., "[US drone strike ordered by Trump kills top Iranian commander in Baghdad](#)," CNN, 4. Januar, 2020.

[9] James M. Lindsay, "[Election 2024: Kamala Harris Is the Democratic Presidential Nominee](#)," Council on Foreign Relations, 26. Juli, 2024.

[10] Siehe Lauren Irwin, "[Harris vows US will support Ukraine 'as long as it takes'](#)," The Hill, 17. Februar, 2024.

[11] Heather Hurlburt, "[Kamala Harris would bring greater foreign policy experience than most new US presidents](#)," Chatham House, 26. Juli, 2024; Jenn Hatfield and Laura Silver, "[U.S. adults under 30 have different foreign policy priorities than older adults](#)," Pew Research, 19. Juli, 2024.

[12] Siehe Kinsley Crowley, "[Here's what Kamala Harris has said on Israel, Gaza conflict](#)," USA Today, 2. Juli, 2024.

Auch, was die Golfstaaten betrifft, dürfte sich Harris zurückhaltender zeigen, insbesondere wegen Menschenrechtsbedenken. Wenn sie tatsächlich ein Abkommen über regionale Sicherheit mit Saudi-Arabien anstreben sollte, wird sie dies wahrscheinlich nicht nur mit normalisierten Beziehungen zu Israel verknüpfen, sondern auch mit Zugeständnissen der Israelis in Bezug auf die für die Unterstützung der Demokraten notwendige palästinensische Selbstbestimmung.

Gleichzeitig dürfte Harris sich vom Unilateralismus der Trump-Doktrin distanzieren, indem sie verstärkt auf supranationale Institutionen setzt und einen sanfteren diplomatischen Ansatz verfolgt. Kürzungen der internationalen Entwicklungshilfe erscheinen auch weniger wahrscheinlich als unter Trump. Die Biden-Harris-Kritik an Trumps Ausstieg aus dem Iran-Deal und die Freigabe iranischer Mittel deuten möglicherweise in diese Richtung.[13] Trotzdem ist es zweifelhaft, dass eine Präsidentin Harris ein Rapprochement mit dem Iran anstreben würde, insbesondere angesichts der mangelnden Übereinstimmung der Biden-Harris Regierung mit Teheran.[14]

Ohne eigene außenpolitische Laufbahn bleibt es schwer, Harris' künftige Entscheidungen im Oval Office oder im Situation Room vorherzusehen. Die sicherste Annahme ist jedoch eine Fortsetzung der Biden-Doktrin – mit Nachdruck auf der Aufrechterhaltung einer globalen Ordnung unter amerikanischer Führung und mit Betonung des institutionellen Multilateralismus – allerdings mit einer progressiveren Note.

Die große Mehrheit präferierte Trump vor Biden – Harris ein unbeschriebenes Blatt in der Region

Während die große Mehrheit in Marokko und Israel wohl Trump dem ehemaligen Kandidaten der Demokraten, Joe Biden, vorgezogen hätte, erhofft man sich im Libanon und in Jordanien vordergründig einen äußerst diplomatischen US-Präsidenten, unabhängig der Parteilinie. In Tunesien ließ der autokratische Machthaber Kais Al-Saed zunehmend weniger Debatten über internationale Wahlen zu, in Jordanien lag der heimische Fokus größtenteils auf der Machtverteilung im nationalen Parlament und einer Sorge vor einer Ausweitung radikaler Kräfte im Land, weshalb man sich einen diplomatischen und international bedachten US-Präsidenten wünscht. Die neue Kandidatin der US-Demokraten ist bisher ein weitgehend unbeschriebenes Blatt in der MENA-Region, was viel Raum für Spekulation lässt und Fragen hinsichtlich ihrer Nahost-Politik aufwirft, wenn es zu einer Wahlentscheidung für sie käme.

[13] Siehe ["U.S. clears way for release of \\$6 billion in frozen Iranian funds as part of prisoner swap deal,"](#) CBS News, 11. September, 2023; ["\\$10 Billion More for Iran,"](#) The Wall Street Journal, 16. November, 2023.

[14] Siehe Shannon K. Kingston, ["Biden administration throws cold water on prospect of renewed Iran nuclear talks,"](#) ABC News, 27. August, 2024.

Im Gegensatz zu Kamala Harris, die keine engere Beziehung zum israelischen Premier Benjamin Netanjahu hat, verbindet Donald J. Trump und Netanjahu ein langjähriges, jedoch angespanntes Verhältnis zueinander. In seiner Amtszeit nutzte Trump die Gelegenheit, um ein enges, für beiden Seiten von Vorteil beschaffenes Verhältnis zu Netanjahu aufzubauen. Dazu zählten die Verabschiedung der Abraham Accords sowie die umstrittene Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Doch auch bereits zu Trumps Amtszeit war die Beziehung zwischen den USA und Israel angespannt. Aus Sicht Trumps wurde der von seinem Schwiegersohn und Senior-Berater Jared Kushner vorgelegte „Deal of the Century“ zwecks der Konfliktlösung mit Palästinensern von Netanjahu ignoriert, was Trump zutiefst verärgerte. Schwerer aber wog die Tatsache, dass Netanjahu Joe Biden zu seinem Wahlsieg 2020 gratulierte, den Trump für sich beanspruchte. Seitdem hat Trump Netanjahu mehrfach öffentlich angegriffen, zuletzt nach dem 7. Oktober. Trump kritisierte Netanjahu und den israelischen Geheimdienst öffentlich, weil sie den Angriff „nicht vorhergesehen und gestoppt hatten“.[15]

Die Demokraten haben durch die Vorarbeit vom nun von der Kandidatur zurückgetretenen Biden zu Israel größtenteils profitiert. Zwar hat Kamala Harris keine langjährige Beziehung zu israelischen Regierungsvertretern, nichtsdestotrotz hat insbesondere die demokratisch geführte US-Regierung ihre Loyalität gegenüber Israel mehrfach seit Beginn des Gaza-Konflikts betont. Trotz mehrfacher Kritik am Vorgehen Israels und Hinweise auf die Einhaltung internationalen Rechts, bewilligte der US-Kongress zuletzt am 12. August 2024 ein weiteres Waffenlieferungspaket in Höhe von 20 US-\$ Milliarden.[16]

Die Beliebtheitswerte für Präsident Biden stiegen in Israel bereits unmittelbar nach dem 7. Oktober massiv an und bis heute sind die USA federführend an den Verhandlungen über ein Geiselabkommen beteiligt.

Doch auch wenn die derzeitige US-Vizepräsidentin die politische Linie Joe Bidens beinahe deckungsgleich öffentlich vertreten hat, so ist ihre Kritik an der aktuellen israelischen Regierung einen Takt härter gewesen als die des aktuellen US-Präsidenten.[17] In ihrer Rede auf dem letzten Parteikongress der US-Demokraten betonte Harris zwar ihre Haltung auf das Recht der Selbstverteidigung Israels, wählte dann jedoch deutlichere Worte für die Unterstützung der Palästinenser und ihr Recht auf Selbstbestimmung.[18]

[15] Kaitlan Collins et al., [“Trump sharply criticizes Netanyahu over intelligence failure in latest sign of soured relationship.”](#) CNN, 12. Oktober, 2023; Kierra Frazier, [“Trump: Netanyahu ‘rightfully’ has been criticized’ for Oct. 7 attack.”](#) Politico, 30. April, 2024.

[16] Lara Jakes, [“With \\$20 Billion Weapons Deal, U.S. Aims to Help Israel and Deter Iran,”](#) The New York Times, 23. August, 2024.

[17] Aaron Pellish, Gregory Krieg und Michael Williams, [“Harris says bloodshed in Gaza is devastating, emphasizes support for hostage and ceasefire deals,”](#) CNN, 23. August, 2024.

[18] Andrew Roth, [“‘Like a Rollercoaster’: Palestinian-Americans clamour to be heard at Democratic Convention,”](#) The Guardian, 23. August, 2024.

Israelis aus dem nationalistischen und rechten Spektrum dürften erwartungsgemäß die demokratisch eher linksorientierte Harris für ihre Haltung gegenüber den Palästinensern ablehnen und einen in vieler Hinsicht weniger nuancierten Trump befürworten, auch wenn dieser selbst immer wieder mit in sich widersprüchlichen Aussagen für Verwirrung im In- sowie im Ausland sorgte. Während er einerseits Präsident Biden dafür angriff, dass dieser angesichts der israelischen Militäroperation in Rafah eine Waffenlieferung an Israel zurückhielt, sagte Trump Ende März, Israel habe einen großen Teil seiner internationalen Unterstützung verloren. Trump appellierte an Israel, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden („finish the job“), ohne zu fordern, dass die Hamas zerstört werden müsse.[19] Doch Trumps Kalkül ist es wohl, im Wahlkampf die Unzufriedenheit in der amerikanischen Gesellschaft mit der Israelpolitik von den amerikanischen Demokraten maximal auszunutzen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Positionierung Trumps zu Israel grundlegend ändern wird, doch vieles wird davon abhängen, von wem er sich im Falle eines Wahlsieges beraten ließe.

In Marokko haben die Menschen nicht vergessen, dass Trump regelmäßig gegen Muslime hetzt und diese durch den berühmt berüchtigten „Muslim Travel Ban“ von 2017 auch rechtlich diskriminiert hat. Damals wurden besonders strikte Einreisebestimmungen für Menschen aus fast ausschließlich muslimischen Ländern beschlossen, die von der Biden-Administration wieder zurückgenommen wurden. Nicht vergessen ist ebenfalls die Entscheidung Trumps, die amerikanische Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Ein klarer Affront gegen das palästinensische Brudervolk.

Doch, für die allermeisten Marokkaner gilt, was auch Fatima Zahra Sentissi, Mitglied des Präsidiums der liberalen Partei Mouvement Populaire sagt: „die Integrität unseres Territoriums ist unsere oberste Priorität“. Vor diesem Hintergrund rechnet man dem republikanischen Kandidaten die Anerkennung des marokkanischen Anspruchs auf die Westsahara ungemein hoch an und vertraut darauf, dass er auch in Zukunft den marokkanischen Interessen dienlich sein wird. Hinzu kommt, dass die Marokkaner sehr genau den Krieg im Gazastreifen verfolgen und die Unterstützung Israels durch die USA sehr kritisch betrachten. Während viele Menschen den US-Demokraten eine Mitschuld an der Fortsetzung der israelischen Militäroperation in Gaza geben, vertrauen sie gleichzeitig auf Trumps Versprechen, den Krieg bei Amtsantritt zu beenden.

Während seiner Amtszeit als US-Präsident brach Trump in 2020 mit 45 Jahren US-Afrikapolitik und verkündete, dass die Vereinigten Staaten den marokkanischen Anspruch auf das umstrittene Gebiet der Westsahara anerkennen würden. Im Gegenzug, so Trump, würde Marokko seine Beziehungen zu Israel normalisieren, was im selben Jahr durch die Abraham Accords besiegelt wurde.

[19] Kate Sullivan, [“Trump says Israel needs to ‘finish what they started’ and said war with Hamas is ‘taking a long time.’”](#) CNN, 4. April, 2024.

US-Wahlen 2024: MENA im Blick
Regionale Perspektiven auf die amerikanische Präsidentschaftswahl

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Haschemitischen Königreich Jordanien sind seit 1949 durch großzügige Entwicklungshilfen seitens der USA an Jordanien geprägt. Der aktuell amtierende König Abdullah II. soll sich zudem einige Monate des Jahres samt seiner unmittelbaren Familie in den USA aufhalten. Durch die geopolitische Lage Jordaniens hat sich das Königreich für westliche Länder, insbesondere die USA, zu einem Schlüsselstaat im Nahen Osten gemacht. Die USA unterstützen durch in 2006 und 2021 geschlossene Kooperationsabkommen das Land auch in militärischer Hinsicht, so zum Beispiel durch die Unterstützung jordanischer Streitkräfte und gemeinsamer Militärbasen.[20]

Die Beziehungen zwischen dem Haschemitischen Könighaus Jordaniens und Trump sind dagegen durchwachsen. Bei einem Besuch in 2018 überschritt der damalige US-Präsident eine aus jordanischer Sicht rote Linie, in dem er dem jordanischen König Abdullah II. den israelischen kontrollierten Teil des Westjordanlands anbot.[21] Weder Israel noch Jordanien waren über dieses verwirrende Angebot erfreut. Zudem stünde bei einem Wahlsieg Trumps eine ganz zentrale Meinungsverschiedenheit zwischen der Beziehung USA und Jordanien: Trump wäre der erste US-amerikanische Präsident, der die für Jordanien unumgängliche 2-Staaten-Lösung öffentlich ablehnt und damit für Jordanien die Aufnahme der Palästinenser im Westjordanland impliziert.

Die amtierende US-Vizepräsidentin Harris hat dagegen wenige Beziehungen zu Regierungsvertretern im Nahen Osten und Nordafrika aufgebaut, auch wenn die Beziehung zu Jordanien von den Demokraten weiterhin gepflegt wurden, wovon Harris in internationalen Beziehungen durchaus profitieren könnte. Allerdings ist festzuhalten, dass Harris' Beziehungen zum Nahen Osten in 2017 offiziell in Jordanien begannen. Wirft man zudem einen Blick auf Harris' Nahostberater Goldenberg und Gordon, so wird offensichtlich, dass Harris ihre Linie der soft power in der MENA-Region bei einem Wahlsieg größtenteils adaptieren würde.[22]

[20] "Policy & History," U.S. Embassy in Jordan, <https://jo.usembassy.gov/our-relationship/policy-history/>.

[21] "Book: Trump offered West Bank to Jordan; king: 'I thought I was having heart attack,'" The Times of Israel, 15. September, 2022

[22] Arash Azizi, "Does Kamala Harris Have a Vision for the Middle East?," The Atlantic, 14. August, 2024.

Hoffnungen und Befürchtungen aus MENA

“We share more values with the Democrats, but we share more interests with the Republicans.”

— Yassine Bahlouli

President of Moroccan NGO Association pour la Jeunesse et l’Avenir

In Marokko glauben viele Menschen der Ankündigung Donald Trumps, die Kriege in Gaza und in der Ukraine zu beenden. Damit verbunden ist für die Marokkaner vor allem die Hoffnung, nicht länger das Leid der Palästinenser in Gaza mitansehen zu müssen. Man hofft außerdem, dass ein Ende des Krieges in der Ukraine die Inflation bremsen und die Wiederherstellung derzeit unterbrochener Lieferketten bewirken könnte.

Fatima Zahra Sentissi, Mitglied des Präsidiums der liberalen Partei Mouvement Populaire, glaubt außerdem, dass die Demokraten wieder verstärkt auf Diplomatie setzen werden und eine Wiederbelebung des Atomabkommens mit dem Iran anstreben könnte. Die Zusammenarbeit der USA mit Marokko würde sich vermutlich vor allem auf wirtschaftliche Entwicklung und erneuerbare Energien beziehen. Unter Donald Trump würde sich die zukünftige Zusammenarbeit eher auf die Sicherheitspolitik und den internationalen Handel konzentrieren, dabei immer mit Blick auf die strategischen Interessen und wirtschaftlichen Potentiale beider Länder.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern weltweit wird in Israel nicht darüber diskutiert, welcher Kandidat schlechter, sondern vielmehr, welcher Kandidat besser für Israel ist. Grundsätzlich macht man sich in Israel angesichts der Proteste an Elite-Universitäten in den USA große Sorgen. Erstens, weil sie eine Gefahr für israelische und jüdische Studierende und Mitarbeiter darstellen, die auf dem Campus teilweise physisch angegriffen oder daran gehindert werden, an Vorlesungen teilzunehmen. Zudem ist man über die Proteste auch besorgt, weil diese Studenten von vielen als die zukünftigen Führer des Westens angesehen werden und dies ein düsteres Bild der Beziehungen Israels zum Westen in den kommenden Jahrzehnten zeichnet.

Hinsichtlich der Palästina-Frage ist eine Vorhersage der US-amerikanischen Politik, unabhängig von der jeweiligen Linie der Partei, beinahe unmöglich zu treffen. Zwar fährt die ehemalige US-Senatorin Kamala Harris eine beinahe deckungsgleiche Linie zu Joe Biden gegenüber Palästina, ihre Statements nach der Annahme der Kandidatur lassen aber eine noch etwas weitergehende Empathie für Palästina durchblicken, z.B. in ihrer Aussage: „The scale of the suffering is heartbreaking“. Wiederholt hat sie Israel angemahnt, den Schutz ziviler Palästinenserinnen und Palästinenser sicherzustellen. Die Lage in Gaza nannte sie eine „humanitäre Katastrophe“.[23] Kritiker innerhalb der USA werfen der demokratischen Kandidatin jedoch vor, dass ihre Empathie in Anbetracht weiterer Waffenbewilligungen an Israel wenig Bedeutung haben.

Zeitgleich dürften die zutiefst einseitigen, pro-israelischen Aussagen Trumps für weitaus weniger Begeisterung innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft sorgen. Während er aus Wahlkampf-strategischen Gründen versucht, bei den Demokraten ein Bild der Illoyalität gegenüber Israel im Konflikt zu kreieren, findet er selbst keinerlei Balance in seiner Nahostpolitik bezüglich des israelisch-palästinensischen Konflikts. In der wichtigsten US-amerikanischen TV-Debatte vor den Präsidentschaftswahlen warf Trump Kamala Harris vor, Israel zu hassen und ausschließlich auf die Interessen Palästinas fokussiert zu sein. [24] Aus seiner Sicht würden Terroristen über Israel wüten, sollte Kamala Harris die Wahl für sich gewinnen und der Staat Israel würde unter Harris seine letzten Tage gesehen haben. Enge Berater Trumps gehen sogar so weit, sich öffentlich für eine Annexion der palästinensischen Gebiete im Westjordanland auszusprechen und sich hinter das teilweise rechtsextremistische israelische Kabinett bedingungslos zu stellen.[25] Auch zu seiner eigenen präsidentenamtlichen Amtszeit erweckte Trump aufgrund seiner oftmals als rücksichtslos empfundenen Politikstil den Anschein, israelische Maximalforderungen zu Lasten der Palästinenser bedingungslos zu unterstützen.

Beide Kandidaten werben bei ihren Wählern dafür, dass sie im Falle ihrer Wahl für langfristigen Frieden im Nahen Osten sorgen würden. Nichtsdestotrotz bleibt die Frage, wie die reelle Politik beider Kandidaten gegenüber Palästina im Fall eines Wahlsiegs aussehen würde, offen.

[23] Jeff Mason, [“Kamala Harris calls out Israel over ‘catastrophe’ in Gaza,”](#) Reuters, 4. März, 2024.

[24] Michael Thaidigsmann, [“‘Sie hasst Israel’ – ‘Er wäre gern selbst Diktator’,”](#) Jüdische Allgemeine, 22. Oktober, 2024.

[25] Jacob Kornbluh, [“Trump’s Israel adviser suggests diverting \\$1 billion from Palestinian aid to fund West Bank annexation,”](#) The Forward, 2. September, 2024.

Die geographische Nähe Ägyptens und die Vermittlerrolle, die das Land aus strategischen Gründen für eine regionale Stabilisierung im Gaza-Konflikt eingenommen hat, prägen die Hoffnungen und Befürchtungen hinsichtlich der Wahlentscheidung in den USA. Während Anhänger El-Sisis sich eher zögerlich zu möglichen Ergebnissen der US-Präsidentschaftswahl äußern, liegt der Fokus des Gros der ägyptischen Bevölkerung auf der Hoffnung, dass das zukünftige US-Staatsoberhaupt Schlüsselstaaten in der MENA im Kampf gegen Terrorismus weitgehend unterstützt. Insbesondere für Ägypten, das immer noch mit den Nachwehen des Islamischen Staates zu kämpfen hat, wäre eine Unterstützung westlicher Akteure unerlässlich. Der jüngste Terrorakt war die Ermordung eines US-Amerikaners in der Nähe von Alexandria im Mai 2024.[26]

Darüber hinaus wird eine große Hoffnung in die Fortführung der US-amerikanischen Entwicklungshilfen gesetzt. Seit 1946 haben die Vereinigten Staaten Ägypten über 85 Milliarden USD an bilateraler Hilfe bereitgestellt, wobei die militärische und wirtschaftliche Unterstützung nach 1979 deutlich zunahm. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die US-Hilfe jedoch erheblich zurückgegangen, da sich die wirtschaftlichen Grundlagen Ägyptens stark verbessert haben und die bilateralen Beziehungen zunehmend auf „Handel statt Hilfe“ ausgerichtet wurden. Im Haushaltsjahr 2023 betrug die Hilfe aller US-Behörden insgesamt 1,43 Milliarden USD, während für das Haushaltsjahr 2024 1,44 Milliarden USD beantragt wurden. Derzeit liegt Ägypten nach Israel und Jordanien an dritter Stelle in der MENA-Region in Bezug auf die beantragten Hilfsgelder für 2024.[27]

Gleichzeitig befürchten viele Ägypter aber, dass sich die Politik des zukünftigen US-Präsidenten zu sehr in die souveränen Angelegenheiten einmischen könnte. Kritiker befürchten, dass die US-Politik voreingenommen oder inkonsistent sein könnte, was ihre Glaubwürdigkeit bei der Unterstützung von Menschenrechten und Demokratie in der MENA-Region weiter untergraben würde. Auch die Möglichkeit gravierender Veränderungen in der Außenpolitik durch einen Regierungswechsel in den USA, z.B. in der Fortführung von Handels- und Investitionsbeziehungen, wird als Risiko für die Stabilität bilateralen Beziehungen betrachtet. Sorgen bestehen zudem darin, dass die USA ihre Entwicklungshilfe für Länder reduzieren könnten, die auf diese angewiesen sind. Schließlich befürchten viele, dass die US-Politik militärische Konflikte oder Spannungen in der Region weiter eskalieren könnte. Menschenrechtsorganisation und Aktivisten wünschen sich seitens des zukünftigen US-Staatsoberhauptes stärkeren Druck auf die El-Sisi Regierung, um die Situation der Menschenrechte in Ägypten zu verbessern.[28]

[26] [“Alert: Reminder to Remain Alert to Security Developments,”](https://eg.usembassy.gov/alert-reminder-to-remain-alert-to-security-developments/) U.S. Embassy in Egypt, <https://eg.usembassy.gov/alert-reminder-to-remain-alert-to-security-developments/>.

[27] [“Egypt-U.S. Business Relations,”](https://www.amcham.org.eg/information-resources/trade-resources/egypt-us-relations/us-foreign-assistance-to-egypt) American Chamber of Commerce, <https://www.amcham.org.eg/information-resources/trade-resources/egypt-us-relations/us-foreign-assistance-to-egypt>.

[28] Human Rights Watch, [World Report 2024](#) (New York: HRW, 2024).

Als zweitgrößter Empfänger US-amerikanischer Entwicklungshilfen treiben Jordanien ähnliche Sorgen hinsichtlich der US-Wahlentscheidung um. Während das Land erst kürzlich selbst Parlamentswahlen durchgeführt hat, ist der Blick nichtsdestotrotz immer auf die internationale Bühne gerichtet, da globale Entscheidungen gravierende Folgen für das Haschemitische Königreich und schlussendlich die gesamte Region haben könnten. Da das Land den größten palästinensisch-stämmigen Bevölkerungsanteil außerhalb der palästinensischen Gebiete hat und aus geografischen Gründen unmittelbar durch Spannungen im Westjordanland betroffen ist, setzt es sich mit enormen Elan für die Einigung auf eine Zwei-Staaten-Lösung in der Palästina-Frage ein. Die Beziehung zu Kamala Harris ist kaum vorhanden, allerdings ist davon auszugehen, dass die Königstreuen Anhänger für eine Wahl der demokratischen Kandidatin wären, da bei einer erneuten Wahl Trumps mit deutlichen Kürzungen internationaler Hilfen zu rechnen wäre. Zudem liegt die Hoffnung Jordaniens auf einer Fortführung der engen militärischen Beziehungen beider Länder. Durch seine geographische Lage befindet sich Jordanien ständig in einer Zwickmühlen-Situation, die zwischen verschiedenen Interessen und Akteuren viel Diplomatie beweisen und sich gegen Angriffe seitens von Iran-geförderten Milizen aus Syrien und dem Irak wehren muss. Die überwiegend junge Bevölkerung Jordaniens präferiert die Wiederwahl eines Vertreters der Demokratischen Partei, da die Befürchtung ist, Trump könne bei seinem zweiten Amtsantritt die Interessen Israels über die Jordaniens stellen und damit das Land in eine aussichtslose Situation gegenüber Akteuren wie dem Iran oder Syrien zurücklassen. Der Vorsitzende des Politischen Clubs an der AlHussein Universität (HTU) Zaid Alwriakat fasst seine Befürchtungen zusammen „Die Interessen der Demokraten scheinen eine größere Schnittmenge mit den Interessen Jordaniens aufzuweisen, insbesondere in der sensiblen Frage der Zwei-Staaten-Lösung“. Zudem könne aus seiner Sicht Trumps Ansatz zu Entscheidungen führen, die Konflikte weiter verschärfen und dadurch Jordanien sowie die USA langfristig vor unlösbare Herausforderungen stellen.

Der von Wirtschaftskrisen und politischen Katastrophen geplagte Libanon mag momentan weder für Donald Trump noch für Kamala Harris besondere Priorität für ihre zukünftige Außenpolitik haben. Allerdings beherbergt der Libanon doch die dem Westen, allen voran den USA, feindlich gegenüberstehende Hisbollah, die auch jüngst durch ihre Unterstützung der Hamas und des schiitischen Irans im Gaza-Konflikt für Schlagzeilen sorgte. Durch die militärische Eskalation im Libanon zwischen israelischen Streitkräften (IDF) und der islamistischen Hisbollah, die aktuell selbst die Hauptstadt Beirut und weite Teile Libanons betreffen, richtet sich der libanesisch Blick momentan nicht allzu sehr auf die bevorstehenden US-Wahlen und die Nuancen der jeweiligen Kandidaten. Die Eskalation zwischen Israel und der Hisbollah sorgt für eine allgemeine Anspannung der libanesischen Bevölkerung gegenüber Israel und seiner westlichen Unterstützer.

Die angeschlagene Bevölkerung fürchtet in einen umfangreichen, langjährigen Krieg aufgrund der Hisbollah gezogen zu werden. Die junge libanesische Bevölkerung möchte grundsätzlich langfristig mit der bisherigen US-Außenpolitik brechen, da sie im Laufe der vergangenen Jahrzehnte immer wieder vermeintliche Stabilität vor eine Demokratieförderung gestellt hat. Die Vorsitzende der liberalen Partei Future Movement, Mirna Mneimneh betont, dass die US-Außenpolitik nicht mehr mit den Vorstellungen der Jugend innerhalb der Region in Einklang zu bringen sei. „The Youth within MENA is aching for true freedom, true participation and true democracy“, so Mneimneh.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Tunesien umfassen zwar rund 200 Jahre, allerdings war das unter dem amtierenden Präsidenten Kais Al-Saed zunehmend autokratischere Tunesien auf die eigenen Präsidentschaftswahlen im Oktober 2024 fokussiert, die die innerpolitischen Spannungen in Tunesien wohl noch weiter anfeuern werden. Aufgrund der zunehmend eingeschränkten Pressefreiheit in Tunesien ist eine tiefgreifende politische Analyse kaum möglich und die tunesische Bevölkerung scheint größtenteils auf eine Vermeidung weiterer Freiheitseinschränkungen unter Al-Saed zu hoffen, unabhängig von einer Entscheidung zwischen Demokraten und Republikanern im November 2024. Es bliebe bei Spekulationen, jedoch ist anzunehmen, dass eine von Trump angeführte US-Regierung weniger Druck auf autokratische Systeme wie die Al-Saeds ausüben würde. Die sich oft auf Menschenrechte und Demokratie-fördernde Systeme beziehenden US-Demokraten könnten unter Kamala Harris hingegen versuchen, bei politischen Treffen auf Al-Saed durch Diplomatie für die Einhaltung von Presse- und Meinungsfreiheit sowie von Menschenrechten in Tunesien zu werben.

Obwohl es signifikante Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten gibt, haben die Golfstaaten keine ausgeprägte Vorliebe für einen von ihnen, da beide sowohl Chancen als auch Risiken bergen.[29] Unabhängig davon, wer gewinnt, werden die fundamentalen Beziehungen zu den USA wohl weitgehend unverändert bleiben. Die langjährigen Partnerschaften, die alle sechs Mitglieder des Golf-Kooperationsrats auf verschiedene, aber auch ähnliche Weise mit Washington pflegen, dürften bestehen bleiben, da sie für beide Seiten von zentraler Bedeutung sind.

[29] Siehe Hussein Ibish, [“For Gulf Countries, There May Be No Clear Preference Between Trump and Harris,”](#) The Arab Gulf States Institute in Washington, 7. Oktober, 2024.

Unter einer möglichen Regierung von Trump oder Harris würden die Beziehungen zu Oman, Kuwait und Bahrain aller Voraussicht nach weiterhin stabil und freundlich bleiben. Im Gegensatz dazu verfolgen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) eine ambitioniertere Strategie der Diversifizierung und streben danach, ihre Abhängigkeit von den USA zu verringern. Abu Dhabi bemühte sich unter der Biden-Regierung um ein festes bilaterales Verteidigungsabkommen, welches jedoch nie vollständig erreicht wurde, auch wenn die Zusammenarbeit aufgrund dessen intensiviert wurde. Es ist wahrscheinlich, dass die VAE ihre engen Beziehungen zu den USA aufrechterhalten, jedoch beiden Kandidaten – Harris und Trump – mit einer gewissen Vorsicht gegenüberstehen. Diese vier Länder haben aus unterschiedlichen Gründen keine klaren Präferenzen für einen der beiden Kandidaten.

Im Falle Katars bleiben möglicherweise noch Erinnerungen an Trumps anfängliche Unterstützung des Boykotts von 2017 durch Saudi-Arabien, Bahrain, die VAE und Ägypten bestehen. Nach der diplomatischen Einigung im Januar 2021 dürfte das Thema Boykott allerdings keine große Bedrohung mehr für Katar darstellen. Dennoch könnte die stark pro-israelische Haltung bestimmter republikanischer Kreise, die Katar kritisch gegenüberstehen, Probleme für Doha mit sich bringen. Sollte Trump die Wahl gewinnen, könnte der Druck auf Katar zunehmen, die politische Führung der Hamas nicht länger zu unterstützen. Auch eine Harris-Regierung könnte Doha dazu drängen, diese Unterstützung aufzugeben, jedoch vermutlich ohne den gleichen Nachdruck wie Trump.

Schlusswort

Die Nahost-Politik beider US-Präsidentschaftskandidaten zeigt keine eindeutige Linie, wobei dies auch außer bei George W. Bush bei wenigen vorherigen US-Präsidenten der Fall war. Wie viele ihrer Vorgänger werden Kamala Harris und Donald J. Trump erwartungsgemäß keine vollständige Zustimmung aller Vertreter des Nahen Ostens und Nordafrikas erhalten. Was jedoch zu erwarten ist, ist das der oder die nächste US-Präsident oder US-Präsidentin in der kommenden Amtszeit nicht um eine klare Entscheidung in der Frage des Konflikts zwischen Israel und Palästina herumkommen wird, da das seit dem 7. Oktober 2024 vergangene Jahr einen historischen Wendepunkt im Nahostkonflikt markiert. Die Hoffnungen der gesamten arabischen Länder sind eine stärkere Ausgewogenheit im israelisch-palästinensischen Konflikt, der aktuell die MENA-Region überschattet und im Falle einer größeren Eskalation die globalen geopolitischen Machtverhältnisse zerreißen könnte.

Abgesehen von diesem Konflikt hofft die junge Bevölkerung der Region auf eine Akzentverschiebung in der US-Außenpolitik, die Demokratieansätze nachhaltig stärker fördert statt Stabilität oder gar autokratische Systeme zu befördern.

US-Wahlen 2024: MENA im Blick
Regionale Perspektiven auf die amerikanische Präsidentschaftswahl

Die Hoffnung liegt dabei auf wirtschaftlichen Beziehungen und einer stärkeren wirtschaftlichen Integration zwischen der MENA und den USA. In Anbetracht einer durchweg hohen Arbeitslosigkeit unter der Jugend in der MENA wäre eine Förderung der Jugend im wirtschaftlichen Sinne eine der Hauptpunkte, um einer hohen Abwanderung entgegenzuwirken und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika nachhaltig sicherzustellen.

Insbesondere für Länder wie Marokko und Jordanien stehen die Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfen in Bezug auf die USA im Vordergrund. Das Haschemitische Königreich Jordanien hat sich durch überaus gekonnte Diplomatie in eine Vermittlerrolle manövriert, die auch im Hintergrund des Palästina-Konflikts wichtig für die innenpolitische Situation des Landes sein wird. Unabhängig von der US-Wahlentscheidung ist zu erwarten, dass Jordanien diese Rolle beibehalten wird und sich für eine bei dem oder der nächsten US-Präsidentin im Nahen Osten werben wird. Für kaum ein anderes Land der MENA-Region ist eine diplomatische Lösung von westlichen Vertretern so wichtig wie für das Haschemitische Königreich, das auf US-Entwicklungshilfen angewiesen ist, die unter einem zukünftigen Präsidenten Donald J. Trump voraussichtlich weiteren Kürzungen unterliegen wäre.

Der Libanon hingegen betont die Notwendigkeit, seine Souveränität wahren zu können und zukünftig ein politisches System herstellen zu können, das von wirklicher Demokratie und Teilhabe profitiert und nicht von der einer US-Administration abhängig sein wird. Nichtsdestotrotz spielen die USA aktuell eine nicht abzusprechende entscheidende Rolle im weiteren Vorgehen im Nahostkonflikt, der den Libanon stärker als viele andere Länder der Region betrifft. Im Falle einer weiteren Eskalation bliebe offen, wie der oder die zukünftige höchste politische Vertreterin der USA den Libanon unterstützen würde.

Für Marokko und Israel werden die USA unabhängig vom zukünftigen Wahlergebnis als verlässlicher Verbündeter in der westlichen Welt gesehen. Beiden Ländern der MENA-Region sind die wirtschaftlichen Beziehungen enorm wichtig. Für Israel ist der größte Unterstützer, in militärischer und finanzieller Hinsicht, ein Stabilitätsanker um seine Existenz und Sicherheit in der Welt zu wahren. Während für Israelis die Zusicherung der Unterstützung ihres Staates vom nächsten US-Präsidenten essentiell ist, so erhoffen sie sich mehrheitlich eine langfristige Lösung, die nachhaltig Frieden zusichert. Obwohl beide US-Kandidaten betonen, langfristigen Frieden für sowohl Israel als auch Palästina in ihrer Amtszeit anzustreben, bleibt offen, wie der von ihnen genannte Frieden in Realität aussähe.

US-Wahlen 2024: MENA im Blick
Regionale Perspektiven auf die amerikanische Präsidentschaftswahl

Ein Blick in die engen Beziehungen zwischen den USA und den Golfstaaten lässt erwarten, dass die zukünftige Wahlentscheidung in den Vereinigten Staaten Amerikas trotz großer Unterschiede der Kandidaten wohl geringe Auswirkungen auf die fortführenden Beziehungen haben wird. Die Länder der GCC nehmen die Unterschiede der US-Präsidentschaftskandidaten zwar wahr, nichtsdestotrotz stehen gemeinsame wirtschaftliche Interessen, insbesondere nach einem intensiven Gaza-Konflikt, im Vordergrund. Während es bei beiden Kandidaten Überschneidungen mit den GCC hinsichtlich einer Sicherheitspolitik gegenüber dem Iran und einer ausbaufähigen Energiepolitik geben dürfte, so werden eventuell einige der GCC-Staaten auf stärkere Waffenverkäufe unter einer Trump Administration bauen.

About the Regional Office

Middle East and North Africa

We are an open Haus for innovation and a global liberal think-tank, with the aim of enhancing the values and goals of freedom worldwide. With our activities and publications, we encourage and support individuals in exercising their right of political participation. Our offices in the Middle East and North Africa (MENA) work within the frame of freedom and human rights in their national context. Our office is based in Amman, Jordan. FNF MENA has three main programs that encourage inter-country cooperation: MENA-NET | MENA-EU | MENA-GEOPOL. We advise and motivate relevant stakeholders and shape and promote solutions that are based on enhancing individual freedom and responsibility.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

